

Wegbereiter der Entspannungspolitik? Rathenau, die Reparationsfrage und die deutsche Außenpolitik

1. Walther Rathenau als Gewährsmann einer flexiblen Erfüllungs- und Entspannungspolitik

Gottfried Niedhardt beschreibt in seinem Werk „Die Außenpolitik der Weimarer Republik“ Walther Rathenau als „Gewährsmann für eine dem nationalen Interesse entsprechende flexible Erfüllungs- und Entspannungspolitik“.¹ Diese Charakterisierung umreißt zugleich sowohl das Dilemma der deutschen Außenpolitik der 1920er Jahre als auch das persönliche Dilemma und die zwiespältige Beurteilung, denen Rathenau bereits zu Lebzeiten, aber auch bis heute ausgesetzt ist. In den wenigen Monaten, in denen er in verantwortlicher Position als Wiederaufbau- und Außenminister fungierte, prägte er die deutsche Außenpolitik unter dem Aspekt des Einvernehmens mit den Alliierten und der internationalen Kooperation im Rahmen einer dezidierten Wirtschaftsaußenpolitik. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg äußerte er im Rahmen seines politischen Engagements in zahlreichen Denkschriften außen- und wirtschaftspolitische Konzepte, die auf der Verschmelzung der Wirtschaft Europas zu einer Gemeinschaft basierten und die für ihn die Basis der „Milderung von Konflikten, ökonomischer Kräfteersparnis und solidarischer Zivilisation“ bedeuteten.² Dabei setzte er durchaus auf eine hegemoniale deutsche Vormacht. Als international agierender Unternehmer setzte er jedoch zugleich nachhaltig auf internationale wirtschaftliche Außenkontakte und eine übernationale Perspektive im Rahmen eines mittel- bzw. kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraums.

Es liegt daher nahe, diese politische Anschauung der Vorkriegszeit auch in der Beurteilung seiner Politik nach Kriegsende, als Berater, Verhandlungspartner und späterem Außenminister zu berücksichtigen und diesen Aspekt der von ihm avisierten kooperativen Außen- und Wirtschaftspolitik

1 Gottfried Niedhardt: Die Außenpolitik der Weimarer Republik. 2. Aufl. München 2006, S. 16.

2 Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele. In: Rathenau: Gesammelte Schriften in fünf Bänden, Bd. 1, Berlin 1918, S. 277.

als Element der Erfüllungs- und Entspannungspolitik der frühen Weimarer Republik unter seiner politischen Verantwortung mit einzubeziehen.

Als außenpolitische Strategie wurde die Politik der Umsetzung der durch den Versailler Vertrag eingeforderten Reparationszahlungen im Nachgang des Londoner Ultimatums von 1921 von deutschnationalen und rechten Vertretern als „Erfüllungspolitik“ diffamiert – ungeachtet der Tatsache, dass diese Form der flexibel zu gestaltenden Verständigungs- und Entspannungspolitik von ihren Gestaltern als Mittel einer bewussten Revision des Versailler Vertrages kalkuliert und eingesetzt wurde. Verständigung hieß in erster Linie die (Wieder-)Aufnahme von wirtschaftlichen und politischen Kontakten bzw. diplomatischen Beziehungen, die Demonstration des ‚guten Willens‘ und des Aufbietens aller verfügbaren ökonomischen Kräfte, selbst unter der Gefahr der Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens. Dies war zugleich gekoppelt an die Strategie, den Siegermächten die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen vor Augen zu führen und damit eine Voraussetzung für einen neuen Verhandlungsrahmen zu schaffen.

Die nachhaltige fatale negative Konnotation dieser politischen Linie mit der Demonstration von politischer Schwäche, die letztlich mit dazu beitrug, den rechten völkisch-nationalen Extremismus in der deutschen Gesellschaft und damit auch das Scheitern der jungen Demokratie zu fördern, wurde dabei unterschätzt wie ebenso die letztlich intransigente Haltung der Siegermächte, allen voran Frankreichs. Die im Rahmen der Verfolgung der Erfüllungspolitik auftretenden Probleme und die mangelnde Akzeptanz dieser Politik als verständigungs- und revisionspolitische Strategie trugen nicht nur zu einer Verschärfung der ohnehin labilen innenpolitischen Lage bei, sondern boten auch den Anlass für die „Organisation Consul“, den amtierenden, dazu noch jüdischen Außenminister als Protagonisten dieser Politik durch ein Attentat zu töten.

Die Verständigungspolitik und der Ausgleich mit dem Westen werden meist erst mit der Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amts durch Gustav Stresemann und damit verbunden mit einer durch ihn eingeleiteten neuen Phase der deutschen Außenpolitik zwischen 1924 und 1929 – einer so genannten „Ära Stresemann“ – verknüpft. Stresemanns Wille zur Versöhnung äußerte sich während seiner um Jahre längeren Amtszeit in konkreten Vertragsabschlüssen wie den Locarno-Verträgen 1925 und dem Völkerbundeintritt Deutschlands 1926 – und damit auch mit dem Ende der außenpolitischen Isolation Deutschlands. Diese wären aber ohne die offizielle und inoffizielle wirtschaftliche und politische Fühlungnahme, die

Verständigungsbereitschaft und die politische Vision Rathenaus nicht denkbar gewesen.

2. Deutsche Friedenspolitik in der Nachkriegszeit

Die deutsche Friedenspolitik in der Zeit nach 1918 ist durch den Zwiespalt und den Konflikt charakterisiert, den die Versailler Vertragsregelung, insbesondere infolge der offen gehaltenen Höhe der Reparationsforderungen, mit sich brachte. Die Rückwirkungen, die sich allein aus dem „Kriegsschuldparagraphen“ (§ 231), den eben daraus resultierenden Reparationsforderungen, den militärischen Bestimmungen, den territorialen und dadurch bedingten wirtschaftlichen Verlusten ergaben, wirkten verheerend auf die durch Revolution, politische Systemänderung und Dolchstoßlegende verunsicherte Bevölkerung. Aktuelle politische Ereignisse und innenpolitischer Druck in Deutschland wie auch bei den ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere in Frankreich, erschwerten zusätzlich die Konzeption einer klaren und konsequenten Außen- und Friedenspolitik der jungen Republik. Hinzu kam die Tatsache, dass Deutschland als Paria beim Umgang mit den ehemaligen Kriegsgegnern nicht nahtlos auf die ‚diplomatische Praxis‘ und Verständigung der Vorkriegszeit zurückgreifen konnte.

Darüber hinaus musste Verständigungspolitik von vornherein auch „Erfüllungspolitik“ sein, um – abgesehen von den drohenden Konsequenzen im Falle der Nichterfüllung – überhaupt als Entspannungspolitik zu wirken.

Getragen wurde diese Politik insbesondere von Außenseitern bzw. Quereinsteigern und wirtschaftlichen Fachleuten, die in verantwortlichen Positionen sowohl in der Zentrale in Berlin als auch an den Auslandsmissionen tätig wurden. Sowohl Rathenau als auch Stresemann gehörten als Außenminister zu diesem Typus. Es waren nun nicht mehr ausschließlich die dem ehemaligen kaiserlichen diplomatischen Dienst entstammenden Experten, bei denen die Deutungshoheit für die Konzeptionierung der deutschen Außen- und Friedenspolitik lag. Ressort- und fachfremde Außenseiter übernahmen bereits in der deutschen Friedensdelegation eine wichtige Rolle und kamen im Rahmen der so genannten, bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs angedachten „Schülerschen Reform“ und der damit verbundenen gesellschaftlichen Öffnung des diplomatischen Dienstes und

seines Beamtenapparates verstärkt zum Einsatz.³ Sie brachten ökonomische Fachkenntnisse, Verhandlungs- und Auslandserfahrung sowie die für eine künftige Verständigung in Friedenszeiten nützlichen guten Kontakte zu internationalen Wirtschaftskreisen mit. Dies war für die künftige Diplomatie der jungen Republik angesichts der neuen politischen Konstellation und Deutschlands Stellung als Paria eine völlig neue Voraussetzung, so dass unter den neuen Gegebenheiten des internationalen Systems und dem sich bereits vor dem Kriegsausbruch abzeichnenden Bedeutungsverlust von Diplomatie im klassischen Sinne bzw. den sich verändernden Bedingungen auch verstärkt auf die Ausnutzung „alternativer“, außeramtlicher Verhandlungs- und Kommunikationsstrategien und deren Vertretern gebaut werden musste. Dass die Hinzuziehung von nicht dem Diplomatischen Dienst entstammenden Fachexperten in die einzelnen Ressorts wie ebenso die von Edmund Schüler (seit August 1919 Leiter der Abteilung IB – Personal und Verwaltung des Auswärtigen Amts, seit 1920 Abt. I) ausgehende Umstrukturierung in einer solch prekären politischen Situation auch aufgrund einer nicht unkritischen Haltung seitens der weitgehend personell intakt gebliebenen ehemaligen kaiserlichen Funktionselite nicht ohne Folgen blieb, steht außer Frage. Arbeitsprozesse des diplomatischen Tagesgeschäfts und der Verhandlungsführung waren nicht zuletzt auch durch eine noch fehlende politische Linie ungeklärt und ließen somit zugleich Freiraum für flexible Vorgehensweisen – wie sie etwa auch im Vorfeld des Vertrags von Rapallo festzustellen waren.

So waren es gerade auch Wirtschaftsfachleute wie Moritz Julius Bonn, Carl Melchior, Walter Simons und Otto Wiedfeldt, die in ihrer Funktion als Sachverständige im Rahmen der Friedensverhandlungen in Versailles oder bei den Reparationskonferenzen zugleich immer auch Außenpolitik betrieben. Auch Rathenaus Name stand bereits im Vorfeld der Beratungen der deutschen Gegenvorschläge im Mai 1919 zumindest zeitweise zur Disposition.⁴

3 Kurt Doß: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform. Düsseldorf 1977. Klaus Schwabe (Hrsg.): Das Diplomatische Korps. 1871–1945. Boppard/Rh. 1985. Einen knappen Überblick dazu in: Eckart Conze: Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. München 2013.

4 Schreiben Rathenaus an Johann Heinrich von Bernstorff, Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin, 26.5.1919, und an Felix Deutsch, 26.5.1919. Beides in: Walther Rathenau. Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Teilband 2: Briefe 1914–1922. Hrsg. v. Ernst Schulin/Alexander Jaser/Clemens Picht (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe. Bd. V.2). Düsseldorf 2006, S. 2192 f.

Nicht minder bemerkenswert ist die Tatsache, dass das Auswärtige Amt in der Weimarer Republik – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Personen geleitet wurde, die eng mit der Wirtschaft verbunden waren: Walter Simons war geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI)⁵ und Mitglied des Aufsichts- und Verwaltungsrates der I.G. Farben, Walther Rathenau war Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft (AEG), Gustav Stresemann ehemaliger Präsident des Bundes der Industriellen und Julius Curtius Industrieanwalt. Otto Wiedfeldt, der ehemalige Vorstand des Krupp-Konzerns und spätere Botschafter in den USA, ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Staatssekretäre Edgar Haniel von Haimhausen und Carl von Schubert, die aus großen Industriellenfamilien stammten.

Mit Walther Rathenau kam nicht nur ein Wirtschaftsfachmann an die Spitze der außenpolitischen Führung, sondern ein Vordenker, der in komplexen Strukturen dachte und allumfassend „Perspektiven für eine nahe Zukunft“⁶ entwickelte, die sich nicht nur in ökonomischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungsgedanken widerspiegeln, sondern sich auch auf eine am „Neue[n] Staat“, der jungen Republik, ausgerichtete Außenpolitik bezogen.

Seit der Konstituierung der ersten Regierung der Weimarer Republik im Februar 1919 war es keinem seiner Vorgänger gelungen, länger als etwa ein Jahr im Amt des Außenministers zu bleiben. Das außenpolitisch in einer ohnehin äußerst instabilen Situation agierende Deutschland gewann erst mit Rathenau einen – wenn nicht gar den – durch eine klare Konzeption und in der Verfolgung des Ziels der Reintegration Deutschlands in die Weltpolitik bis dahin aussichtsreichsten Außenminister. Als Theoretiker und Visionär versuchte er nach der Phase einer von deutscher Seite aktiv betriebenen Eskalationspolitik und fehlender konstruktiver diplomatischer Beziehungen der deutschen Außen- und Friedenspolitik mit seinen Impulsen eine neue Ausrichtung zu geben.

Grundlegend war für Rathenau dabei die Erkenntnis, dass der Versailler Vertrag keine Aussicht auf einen dauerhaften Frieden bot; er war bereits früh davon überzeugt, dass eine „langfristige Kriegsabrechnung mit dem

5 Simons war 1920/21 beratender Fachmann bei den Entwaffnungs- und Reparationsverhandlungen.

6 Dazu Rathenaus Schrift: „Der Neue Staat“ vom März 1919, in der er im Rahmen seiner Konzeption eines neuen Staatsaufbaus die traditionelle Außenpolitik an ihr Ende gekommen sah. Walther Rathenau: Der neue Staat. Berlin 1919.

Ausland⁷ zu erwarten sei und das Vertragswerk keine Grundlage für eine moderne, den neuen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasste internationale Außen- und Friedenspolitik schuf.

Es galt für ihn:

„in unserer verzweifelten Lage [...], den beweglichsten Punkt zu finden, von dem aus die ganze Situation [Wiederaufbauproblematik in Belgien und Frankreich und damit im Grunde implizit auch die gesamte Reparationsproblematik C.S.] aufge-
rollt werden kann. [...]

Von hier aus können wir

1. Das Verhältnis zu Frankreich regeln,
2. Den Friedensvertrag korrigieren,
3. Die Entschädigung umgestalten und mildern,
4. Auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zurückwirken,
5. Deutschlands moralische Stellung wiedergewinnen.

Erfordernis ist, dass wir den Wiederaufbau nicht als eine Verlegenheitsverpflichtung durchführen, sondern zu einem gewaltigen Zentralproblem erheben, zu einer Leistung von solcher Vollendung, daß sie, dem Krieg gegenübergestellt, noch in Jahrhunderten als die größte positive Schöpfung Deutschlands gilt. Keine kleinliche Konkurrenzermäßigung darf uns hemmen⁸,

äußerte er in seinem Brief an Reichsfinanzminister Matthias Erzberger am 16. Juli 1919. Er legte hierin zugleich eine erste kurze Programmatik dar, die jenseits der ökonomischen Belange auch auf die deutsche Gesellschaft einwirken wollte und auf eine entsprechende Umstrukturierung zu einer straffen zentralisierten Organisation statt der bisherigen bürokratischen Zersplitterung hinauslief.

Rathenau übernahm die Leitung der auswärtigen Politik etwa zweieinhalb Jahre nach dieser Aussage in einer überaus schwierigen außenpolitischen Situation – eine Aufgabe, die er zugleich als persönliche Belastung, aber auch als Herausforderung und Notwendigkeit der Zeit betrachtete. Sein Denken, das charakteristische Züge des rational handelnden Ökonomen und Unternehmers trug, richtete sich dabei auf eine global wirkende Veränderung. Er konzipierte dementsprechend einen umfassenden strukturellen Wandel der Außenpolitik, der Auswirkungen auf alle Bereiche des moralischen, des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens implizierte.

7 Schreiben Rathenaus an Otto Neurath, 17.6.1919. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 4), S. 2207.

8 Schreiben Rathenaus an Reichsfinanzminister Matthias Erzberger. In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945. Serie A: 1918–1925, Bd. 2: Mai bis Dezember 1919. Göttingen 1984, Nr. 102, S. 178 f.

Entsprechende Ideen für die politische Entwicklung einer solchen neuen Zeit mit neuen Strukturen und Verantwortungsträgern hatte er bereits im Jahre 1917 in seiner Schrift „Von kommenden Dingen“ formuliert:

„War Tradition die Grundlage der alten Regierungskunst, so ist die treibende Kraft neuerer Politik jene Fähigkeit, die den Organisator, den Unternehmer und Eroberer schafft. Ihr Kennzeichen ist die Vorstellungsfähigkeit für das noch nicht Bestehende, die Veranlagung, die organische Welt unbewußt im Innern nachzubilden und zu erleben, gefühlsmäßig inkommensurable Wirkungen zu werten und abzuschätzen, die Zukunft im eigenen Geist entstehen zu lassen.“⁹

Es zeigte sich hier eine fast sentimentale, irrationale Seite seiner politischen Auffassungen, wodurch er sich zugleich von zahlreichen zeitgenössischen Politikern unterschied, deren Denkweise primär der Staatsraison oder kurzfristigen tagespolitischen Gesichtspunkten unterlag. Unter diesem Aspekt ist letztendlich auch Rathenaus Engagement in der deutschen Kriegswirtschaft zu betrachten. Seine dafür entwickelten Pläne einer wirtschaftlichen Austausch- und Produktionsgemeinschaft im Sinne eines (kontinental- bzw. mittel-) europäischen Zollvereins sollten nicht nur als natürliches Gegengewicht zur anglo-amerikanischen Wirtschaftsmacht fungieren, sondern gleichzeitig ein Mittel zum Interessenausgleich darstellen sowie zu einer effektiveren, da gemeinschaftlichen Nutzung von nationalen wirtschaftlichen Kapazitäten führen.

3. Rathenau als Politiker in der Weimarer Republik

Erste Anzeichen für eine Präsenz auf der öffentlichen politischen Bühne der Nachkriegszeit hatten sich bereits durch Rathenaus Berufung zum Sachverständigen für die von den Gewerkschaften im Nachgang des Kapp-Putsches geforderte zweite Sozialisierungskommission ergeben. Erneut in das Licht der Öffentlichkeit getreten, war es nur eine Frage der Zeit, bis man sich von Regierungsseite angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Kompetenz des ausgewiesenen Finanz- und Wirtschaftsfachmannes Rathenau bediente. Und so war es schließlich die persönliche Initiative des damaligen Finanzministers Joseph Wirth (Zentrum), Rathenau als Sachverständigen an der Konferenz von Spa teilnehmen zu lassen.

9 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen. Der Weg des Willens. In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II) München 1977, S. 486 ff.

Die erste Begegnung und Verständigung Deutschlands mit den alliierten Regierungen anlässlich der Konferenz im Juli 1920 bedeutete für Rathenau eine erste Chance, sich öffentlich auf dem internationalen Parkett zu profilieren. Seine Sachkompetenz und sein diplomatisches Auftreten wurden von den französischen und britischen Verhandlungspartnern geschätzt, so dass er damit der deutschen Regierung und ihrem Ansehen im Ausland einen nicht zu unterschätzenden Dienst erwies.

Mit der durch das Kabinett Wirth bewiesenen Kompromissbereitschaft zur Annahme der alliierten Forderungen wurde schließlich der Weg zur so genannten „Erfüllungspolitik“ gewiesen.

Stand im Fokus der Rathenauschen Außenpolitik, die sich mit der des Reichskanzlers Wirth deckte, die Bestrebung, mit der „Erfüllungspolitik“ bei den Alliierten einen Vertrauensbonus für Deutschland zu erwerben, so stieß diese Haltung in der deutschen Öffentlichkeit und den Parteien teils auf Unverständnis, teils auch auf offen geäußerten politischen Widerstand.

Rathenaus Konzeption der Flexibilität war darauf ausgerichtet, die Verhandlungen nicht zu einem Stillstand, sondern unter Berücksichtigung der schwierigen, durch Emotionen und nationale Vorbehalte gekennzeichneten multilateralen Beziehungen voranzutreiben. Nur die offen gezeigte Bereitschaft zur Reparationslieferung, die zwangsläufig gleichzeitig die praktische Unerfüllbarkeit der Forderungen enthüllen musste, konnte den Weg für weitere Verhandlungen und damit für notwendige, vor allem realistisch zu erfüllende Modifikationen der Reparationsforderungen ebnen. Das privatwirtschaftliche, kaufmännische Prinzip des vertrauenswürdigen Schuldners wollte Rathenau auch auf die internationale Politik angewandt sehen, wenn er – wie er anlässlich seiner Rede im Reichstag im Juni 1921 äußerte – bezüglich der von Deutschland auferlegten und übernommenen alliierten Forderungen als Ökonom und Industrieller argumentierte:

„Industrie heißt kaufmännische Anwendung der Technik. Industrie ist entstanden aus dem Handwerks- und Kaufmannsstande. Der Kaufmannsstand aber in der ganzen Welt und in allen Jahrhunderten beruht auf Vertrauen, und dieses Vertrauen hat als Symbol das geschriebene Wort, die Unterschrift. Wenn ein Papier die Unterschriften meines Hauses oder meines Namens oder gar meines Volkes trägt, dann betrachte ich diese Unterschrift als meine Ehre und die Ehre meines Landes.“¹⁰

10 Antrittsrede Rathenaus als Reichsminister für Wiederaufbau vor dem Reichstag, 110. Sitzung, 2.6.1921. Zitiert nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 203. Siehe auch: Verhandlungen des Reichstags. Bd. 349. 110. Sitzung, 2 Juni 1921, S. 3742–3745.

Die Reparationen waren für ihn „nicht lediglich als eine materielle, sondern auch als eine sittliche Aufgabe im Sinne der Völkerversöhnung zu verstehen“¹¹. Gleichzeitig lag ihm daran, durch eine intensive Verhandlungstätigkeit nicht nur zu einem Konsens zu kommen, sondern auch einen Zeitgewinn herauszuarbeiten, der es ermöglichen sollte, die verheerenden politischen, wirtschaftlichen aber auch emotional aufgeladenen Staatenbeziehungen aus der Distanz heraus beurteilen und damit objektivieren zu können¹². Verfolgt man die sich seit der Konferenz in Spa nunmehr entwickelnde politische, insgesamt 13 Monate währende amtliche Karriere Rathenaus, so ist diese gerade durch eine derartige Erkenntnis, Weitsicht und das dafür notwendige Abstraktionsvermögen gekennzeichnet.

Das Reparationsproblem verlangte seiner Ansicht nach eine großräumige Lösung im Rahmen eines internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus, der zugleich die Voraussetzung für Deutschlands Wiedererstarken schaffen sollte. Nur durch eine Verknüpfung der Reparationen mit den durch die Kriegskredite der USA ebenfalls wirtschaftlich geschädigten Interessen der Schuldnerstaaten Frankreich und Großbritannien konnte eine internationale Lösung erwartet werden. Ganz im Sinne einer „Business Diplomacy“¹³ sah er die Notwendigkeit, dieses globale Problem aus dem Wirkungsbereich nationaler politischer Eigeninteressen herauszunehmen und es primär unter ökonomischen Gesichtspunkten zu behandeln:

„Das Problem des Wiederaufbaus ist nur ein Ausschnitt aus dem europäischen Problem, dem Problem, das nicht gelöst werden kann durch die Mittel der Politik, das auch nicht gelöst werden kann von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis. Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß erkannt wird die enge Verflochtenheit und Verbundenheit der europäischen Nationen, daß erkannt wird die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalseseinigkeit eines ganzen Kontinents, und daß Konsequenzen mit Kraft und Nachdruck gezogen werden, die die Zeit und die Not erfordern. Verflochten sind die Länder zunächst durch die Kette ihrer materiellen Verschuldung. Es ist kein Land, das heute nicht verschuldet wäre, mit Ausnahme jener großen Reiche jenseits des Oze-

- 11 „Entwurf zu einer Stellungnahme zur alliierten Reparationsforderung“, vermutlich vor der Londoner Konferenz im März 1921 formuliert. Zitiert nach: Hartmut Pogge von Strandmann (Hrsg.): Walther Rathenau. Tagebuch 1907–1922. Düsseldorf 1967, S. 241.
- 12 Siehe dazu auch: Walther Rathenau: Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft. Vortrag gehalten auf dem Parteitag der DDP in Bremen, 12.11.1921. In: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 341.
- 13 Wolfgang Michalka: Rathenau politische Karriere. In: Karl Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 67–84, hier S. 77.

ans; alle anderen Länder aber befinden sich in der Kette der materiellen Schulden. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner ist Deutschland, und zwischen ihnen eingeschaltet sind sämtliche Nationen, gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger, jeder dem anderen verbunden und verpflichtet.“¹⁴

Formuliert wurden diese Worte nicht zuletzt unter dem Eindruck der im März 1921 stattgefundenen, für Deutschland ernüchternden Londoner Konferenz.

Rathenau war von dem infolge des Rücktritts des Kabinetts Fehrenbach nachfolgenden neuen Reichskanzler Joseph Wirth bereits kurz nach dem Londoner Ultimatum das Amt des Ministers für Wiederaufbau angetragen worden. Nachdem er alle seine Ämter innerhalb der AEG niedergelegt hatte, konzentrierte sich Rathenau in der Folgezeit auf eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsorganisation.

Die im Juni 1921 in Wiesbaden bei den vertraulichen Reparationsverhandlungen zwischen Rathenau und dem französischen Wiederaufbauminister Louis Loucheur entwickelten Pläne zur Erfüllung der Reparationsleistungen lieferten zunächst Erfolg versprechende Hinweise für eine bilaterale Verständigung. Das Wiesbadener Abkommen vom 21. Oktober desselben Jahres stieß dann jedoch in Deutschland sowohl auf privatwirtschaftlicher als auch auf politischer Seite auf Ablehnung und scheiterte letztlich an der Nichtratifizierung im Reichstag. Damit schien Rathenaus Versuch, die Verhandlungen mit dem französischen Partner am Laufen zu halten, und den gegenüber Erzberger 1919 geäußerten „beweglichen Punkt“, eine Verhandlungsbereitschaft und -übereinstimmung zu finden, „von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden“ sollte, zunächst gescheitert zu sein.

Allerdings wurde die Übereinkunft erst wenige Tage nach Rathenaus Ermordung mit einem Zusatzabkommen gesetzlich fixiert und erhielt schließlich am 6. Juli 1922 die endgültige Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer. Dabei wurde deutlich, dass diese Form der global wirkenden deutschen „Wirtschaftsaußenpolitik“ nicht zuletzt aus nationalen, meist sogar auch privatwirtschaftlichen Erwägungen zumindest zu diesem Zeitpunkt noch an ihre Grenzen stieß. Rathenau vielzitiertes, noch im September 1921 geäußertes Grundprinzip, den europäischen Wiederaufbau zu entpolitisieren und die weitere Zukunft

14 Rede Rathenaus auf einem Gesellschaftsabend des Hamburgischen Ausschusses für den Aufbau der Friedenswirtschaft, gehalten am 4.7.1921. Zit. nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 207 f.

der Staaten unter rein wirtschaftlichen, geschäftlichen Gesichtspunkten zu behandeln, schien noch nicht als zeitgemäß erfasst worden zu sein.¹⁵

Vielmehr wies die innenpolitische Entwicklung in Deutschland, das verstärkte und sich radikalisierende Agieren der Deutschnationalen und Völkischen, das sich in Hetztiraden gegen den Minister als Person äußerte und vor allem im August 1921 mit der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger einen ersten tragischen Gipfel erreichte, in eine andere Richtung.

Noch bevor die sich seit dem Regierungsantritt des verständigungsbe-reiteren französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand sichtlich unter entspannter Atmosphäre entwickelnden Verhandlungen hätten weiterge-führt werden können, rief die Deutsche Demokratische Partei (DDP) infolge des Völkerbundsbeschlusses über die Abtretung Oberschlesiens im Okto-ber 1921 ihre Minister aus der Regierung ab, womit zugleich Rathenaus Ministerkarriere – wenn auch unfreiwillig – ihr vorläufiges Ende erreichte.

Obwohl er im darauffolgenden zweiten Kabinett Wirth nicht sofort wie-der Teil der Regierung war, blieb Rathenau weiterhin mit den Verhandlun-gen zur Reparationsfrage befasst. Er widmete sich nun jedoch verstärkt einer auf Großbritannien ausgerichteten außen- und reparationspolitischen Lösung unter Einbeziehung Russlands.

Im Januar 1922 nahm Rathenau als deutsches Delegationsmitglied an der mit den Vorbereitungen zu einer europäischen Wirtschaftskonferenz befassten Konferenz in Cannes teil. Im Vorfeld der Konferenz versuchte er bereits durch Intensivierung der Kontakte zu den Alliierten, insbesonde-re mittels persönlicher Fühlungnahme zu Lloyd George in London, eine Annäherung zu bewirken, was seitens der maßgeblichen Diplomaten und auch von Staatssekretär Carl von Schubert nicht nur mit Anerkennung quittiert wurde, sondern auch mit der Feststellung seiner diplomatischen Kompetenz. „Es ist auf diese Weise eine sehr günstige Atmosphäre geschaf-fen worden, in der sich viel besser arbeiten lassen wird als bisher, eine Atmosphäre, die mich bereits etwas an die Zeit vor dem Krieg erinnert“¹⁶,

15 In einer Rede auf der Tagung des RDI in München am 29. September 1921 äußerte Rathenau dazu in Anlehnung an ein Zitat Napoleon Bonapartes aus dem Jahre 1808: „Politik ist das Schicksal“ folgendes: „Aber auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt, und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Zeit erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entschei-det.“ Zitiert nach: Walther Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 264 und davor ähnlich: ebd., S. 252.

16 Carl von Schubert an Botschafter Sthamer, Berlin 16.1.1922. In: Peter Krüger (Hrsg.): Carl von Schubert (1882–1947). Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik. Ausgewählte Dokumente. Berlin 2017, Dok. 49, S. 193.

konstatierte von Schubert gegenüber dem deutschen Botschafter in London Friedrich Sthamer am 16. Januar 1922 im Nachgang der Verhandlungen Rathenaus vom 6. bis 13. Januar in Cannes.

„Rathenaus Auftreten erwies sich gerade in dieser Phase und Situation als außerordentlich wichtig, weil eigentlich zum ersten Mal ein bedeutender Sachverständiger mit englischen Sachverständigen zusammentraf. Das Fehlen einer solchen Zusammenkunft hatte sich in den vergangenen Jahren bereits sehr unliebsam fühlbar gemacht. [...] Es fehlte bis dahin an der richtigen Atmosphäre, und nur in einer solch wohl vorbereiteten Atmosphäre können solche Besprechungen mit Aussicht auf Erfolg geführt werden“¹⁷,

schrrieb von Schubert zudem in einer Aufzeichnung über die Politik der Westmächte, wenige Tage später.

Die für das Frühjahr in Genua in Aussicht gestellte Weltwirtschaftskonferenz sollte die Plattform bieten für die mit Lloyd George zuvor zur Sprache gekommenen Pläne einer friedlichen Rekonstruktion im Sinne eines Wirtschaftsfriedens und eines internationalen Wirtschaftskonsortiums zur gemeinsamen Restituierung Ost- und Mitteleuropas. Allein aus dieser Tatsache heraus ergaben sich mit Lloyd George weitaus größere Übereinstimmungen als etwa mit den Franzosen, was Rathenau durchaus erkannte und in sein politisches Kalkül mit einbezog.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Trendwende mit einem größeren Vertrauen in die deutsche Außenpolitik goutiert, wie Ernst Troeltsch es formulierte: „Alle Welt spricht von Genua. Seit Wochen sind die Zeitungen voll davon. [...] Die gequälten Menschen hoffen [auf ein] Wunder von Genua, vor allem ein Sinken der Preise und eine wirtschaftliche Atempause.“¹⁸

Mit dem zeitgleich zu den Verhandlungen in Cannes stattgefundenen Sturz der Regierung Briand und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Konservativen Raymond Poincaré erlitt die vielversprechend anmutende Verständigung über deutsche Reparationsleistungen jedoch einen herben Rückschlag, da sich Poincaré als scharfer Verfechter der französischen Reparationsansprüche erwies und sich dezidiert gegen eine Behand-

17 Aufzeichnung Carl von Schuberts über die Politik der Westmächte. Berlin 18.1.1922. In: Ebd., Dok. 40, S. 196.

18 Ernst Troeltsch: Die neue Weltlage. Berliner Briefe. In: Kunstwart und Kulturwart 35 (1922), 9, S. 158–167. Der Text erschien im Hauptteil des Heftes und mit der Datumsangabe 11. Mai 1922. Zitiert nach: Gangolf Hübinger/Nikolai Wehrs (Hrsg.): Ernst Troeltsch. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 14. Spectator Briefe und Berliner Briefe (1919–1922). Berlin/Boston 2015, S. 536.

lung der deutschen Reparationsfragen im Rahmen der Genueser Konferenz aussprach.

Die deutsche Reparationsfrage und der damit verbundene Wiederaufbau schienen zunächst an einem toten Punkt angelangt zu sein, als Walther Rathenau nach schwierigen koalitionspolitischen Sondierungen vor allem gegen den Widerstand der DVP unter Gustav Stresemann aber auch gegen die Vorstellungen zahlreicher Industrieller und Politiker am 31.1.1922 zum Außenminister ernannt wurde und damit den bis dahin kommissarisch wirkenden Amtsinhaber Joseph Wirth, der als Reichskanzler sein aktivster Befürworter für diesen Posten war, ablöste.

4. Rathenau als Außenminister

Mit dem Regierungswechsel in Paris und dem damit verbundenen Stimmungsumschwung war ein kritischer Wendepunkt für eine europäische Friedens- und Wiederaufbaupolitik wie auch für Rathenaus Reparationspolitik eingetreten, der auf weitreichende Probleme für die bevorstehende internationale Weltwirtschaftskonferenz in Genua deutete.

Die Tatsache, dass erstmals Russland in die multilateralen Verhandlungen mit einbezogen wurde, war zwar als positives Zeichen für eine internationale Verständigung zu bewerten, doch barg dieser Umstand für die deutsche Regierung nicht wirklich absehbare Risiken. Bereits Ende Dezember 1921/Anfang 1922 hatte sich nach dem deutsch-russischen Handelsvertrag vom Mai 1921 erneut eine Aktivierung der deutsch-russischen Sondierungen über eine bilaterale Verständigung in Form von erneuten Sonderverhandlungen bemerkbar gemacht, die noch vor der Konferenz von Genua eine Klärung erbringen sollte, und bei denen bereits erste Züge des späteren Vertrags von Rapallo ausgehandelt worden waren.¹⁹

Diese Rahmenbedingungen mussten bei Rathenau, der eine Westorientierung verfolgte, zwangsläufig auf Widerstand stoßen. Sein Konzept, Ost- bzw. Russlandpolitik nur mit Rückendeckung und in Kooperation mit dem Westen zu betreiben, sollte nicht durch eine vorzeitige politische Bindung an Russland scheitern.

Nicht die grundsätzliche Ablehnung einer separaten deutsch-russischen Verständigung stand hinter diesen Überlegungen, vielmehr der taktische Gedanke, der sich von der Idee leiten ließ, Deutschland als Mittler zwi-

19 Michalka: Rathenaus politische Karriere (wie Anm. 13), S. 83.

schen Ost und West einzubringen und zugleich der Gefahr entgegenzuwirken, zwischen den beiden Lagern zu stehen und dabei der einen oder gar beider Optionen verlustig zu gehen. Rathenau wollte vor Genua keinesfalls einen *fait accompli* schaffen.

Letztlich standen sich aber mit den beiden Hauptakteuren deutscher aktiver Ostpolitik, Joseph Wirth und Ago von Maltzan, dem deutschen Unterhändler und Leiter des Referats Russland der Abteilung IV (Osteuropa) seit März 1920 und seit November 1921 Leiter der Abt. IV des Auswärtigen Amts einerseits und Rathenau andererseits zwei divergierende Anschauungen gegenüber, die sich zwar nicht diametral unterschieden, aber zumindest in wichtigen Punkten nicht deckungsgleich zu sein schienen.

Während für Wirth und Maltzan die russische Option Grundlage eines generell erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraumes jenseits der Verständigung mit den Westmächten sowie eine – zumindest für Wirth – machtpolitische, antipolnische Ausrichtung bedeutete, stellte sie für Rathenau vielmehr noch eine *Ultima Ratio* deutscher Außenpolitik dar, einen Trumpf im Falle einer ausbleibenden Verständigung mit dem Westen. Und diese Karte sollte nicht vorzeitig ausgespielt werden. Für ihn standen die Milderung der Kriegslasten für Deutschland und eine neue europäische Wirtschafts- und Finanzordnung als Ziel der Konferenz im Vordergrund, und entsprechend hatte er in den Monaten vor Rapallo versucht, das Amt des Verhandlungsführers auszufüllen.

Die ursprünglich in die internationale Konferenz von Genua gesetzten Hoffnungen sollten sich angesichts der Sachlage im Frühjahr 1922 jedoch nicht erfüllen, da zum einen die USA als Kreditgeber aus der Gemeinschaft der internationalen Verhandlungsmächte austraten und zum anderen Poincaré bereits im Februar die Diskussion der Reparationsfrage auf dieser Konferenz grundsätzlich ausgeschlossen hatte. Als schließlich noch im März eine scharfe Protestnote der alliierten Reparationskommission eintraf, schienen sich die reparationspolitischen Erwartungen Rathenaus zunehmend als unrealistisch zu erweisen. Angesichts dieser „bedeutenden Wandlung im politischen Weltgeschehen“ äußerte er sich in seiner Reichstagsrede vom 29. März 1922 relativ offen enttäuscht über die französische Entscheidung, die, von Großbritannien gebilligt, der Konferenz „eigentlich das Herzstück ausbrach“. Vielmehr müsse man nunmehr die deutsche Stellung in Genua erneut überprüfen und erwägen,

„mit welchen Gedanken, aber auch mit welchen Gefühlen wir uns dieser Konferenz nähern, auf der das Schicksal und der Aufbau der Welt behandelt werden soll, aber nicht der unseren, nicht unser Aufbau und nicht unser Schicksal. Läßt sich

eine Brücke finden, – gut. Läßt sie sich nicht finden, so wird Genua das Schicksal von vielen anderen Konferenzen teilen.“²⁰

Das implizierte – wie Rathenau weiter andeutete – nicht nur ein mögliches Überdenken der bisher praktizierten Erfüllungspolitik, sondern auch die Überlegung, die seither geführten Gespräche mit Russland nun eventuell doch auch mit der Konsequenz einer bilateralen Lösung verstärkt fortzuführen.

Obwohl die von dem Historiker Peter Krüger getroffene Feststellung, dass „die mangelnde Erfahrung Rathenaus in der Diplomatie [nirgends] so schonungslos aufgedeckt und von den dort vollständig die Szene beherrschenden Ostpolitikern, von Maltzan und Wirth, ausgenutzt [wurde] wie in Genua“²¹, etwas überzogen klingt, so entbehrt sie nicht einer gewissen Wahrheit.

Die bereits Monate vor der Konferenz begonnenen, immer intensiver werdenden, von den ostpolitischen Hauptakteuren im Auswärtigen Amt geförderten deutsch-russischen Sonderverhandlungen schufen im Grunde ebenso wie die bilateralen militärischen Geheimverhandlungen, unwägbare außenpolitische Bedingungen, die sich speziell in dieser Situation, wo Deutschland erstmals imstande war, aktiv an internationalen Verhandlungen und Entscheidungen teilzunehmen, fatal auswirken konnten. Für Rathenau erwies sich die Arbeit unter diesen Gegebenheiten in dem ihm fremden Ressort [dem Auswärtigen Amt, C.S.] als problematisch, wie er dies Ende März 1922 gegenüber Harry Graf Kessler äußerte:

„Nach seiner Ansicht könne keiner diese Stellung länger als sechs Monate aushalten. Es handle sich darum, der ganzen Maschine des Amts eine Drehung zu geben. [...] Nachdem acht Jahre lang die deutsche auswärtige Politik ganz passiv gewesen sei, gehe es darum, sie langsam wieder aktiv zu machen, jeden Tag ein Eisen ins Feuer zu schieben, überall im Amt nachzuhelfen. Dazu müsste er sich eigentlich alles vorlegen lassen. Denn wenn er etwas auslasse, so entgleite das Gebiet seiner Einwirkung.“²²

Rathenau, der im Grunde keinen (persönlichen) außenpolitischen Beraterstab innerhalb des Amtes besaß, verfügte nur über wenig Gespür für einen

20 Reichstagsrede vom 29.3.1922. In: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 392 f.

21 Peter Krüger: „Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen!“. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute New York. Berlin 1994, S. 189–202, hier S. 198.

22 Tagebucheintrag vom 20. März 1922. In: Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918–1937. Frankfurt/M. 1961. Zit. nach: Rathenau (wie Anm. 9), S. 868 f.

derartigen Beamtenapparat, für das charakteristische Wesen des diplomatischen Dienstes und das alltägliche Geschäft der außenpolitischen Akteure. Derartig ungünstige Voraussetzungen verschärften die Situation für den Außenminister gerade anlässlich der Konferenz in Genua, was nicht zuletzt auch die für ihn nicht in Gänze erfasste Situation im unmittelbaren Vorfeld des Zustandekommens des Vertragswerkes von Rapallo bedingte.

Der Vertrag von Rapallo erwies sich im Grunde allerdings weniger durch seinen Inhalt als durch den Zeitpunkt und die Umstände seines Zustandekommens als spektakulär. Die Bekanntgabe dieses bilateralen Abkommens trat eine Welle heftiger internationaler Reaktionen los, die das bestehende Ressentiment gegen Deutschland bestätigten und zusätzlich durch Befürchtungen über vermeintliche geheime deutsch-russische Zusatzvereinbarungen geschürt wurden. Der sofortige Abbruch der Verhandlungen von Genua wurde zwar noch verhindert, doch blieb die deutsche Hoffnung, dort zu einer Lösung oder zu Zugeständnissen in der Reparationsfrage zu kommen, unerfüllt.

5. Nach Rapallo – ein Fazit

Nach Rapallo trug Rathenau den Vertragsschluss mit, wenngleich seiner eigentlichen politischen Konzeption im Grunde entgegenwirkend, um zum Erhalt des Kabinetts und der politischen Glaubwürdigkeit der Regierung Wirth, seiner eigenen Position und der Souveränität des Reiches beizutragen.

Er rechtfertigte diesen nunmehr als einen notwendigen Friedensschluss:

„Es ist derjenige Friedensvertrag, wie er unter menschlich denkenden Nationen durchweg hätte geschlossen werden müssen. Politische oder gar militärische Auswirkungen hat er nicht, es handelt sich lediglich um den Ausgangspunkt gesunder wirtschaftlicher und politisch nachbarschaftlicher Beziehungen. [...]“

Sodann aber besteht die Tatsache, des Parallelismus zwischen den beiden volkreichsten Nationen Europas und die gewaltige Realität der Summe ihrer Einwohnerzahl. Auch ohne unmittelbar politischen Hintergrund wirkt diese Riesenmasse als ein Schwergewicht, dessen Einfluss nicht verkannt werden kann.

So ist es denn eine durchaus erwünschte Nebenwirkung, dass vom Tage des Rapallo-Abschlusses an unsere internationale Position fast allen übrigen Mächten gegenüber verändert war. Das Aufschäumen Frankreichs war die unangenehme Seite der Wirkung, aber sie brachte nur zum Ausdruck, was längst unter der Oberfläche gelegen hatte und was besser am Licht des Tages als im Dunkel des Unterbewusstseins sich auswirkt. Den übrigen Nationen gegenüber aber ist die

Stellung Deutschlands so merklich gehoben, dass eine aktive Politik, wie wir sie alle erstreben, ihre erste Grundlage findet.“²³,

so Rathenau in einem Schreiben an den früheren Reichsminister Erich Koch im Mai 1922.

Insofern erhielt auch die Konferenz von Genua selbst unter den völlig veränderten Bedingungen für Rathenau eine Perspektive, die wiederum – optimistisch, pragmatisch gedacht – in sein außenpolitisches Konzept passte.

Die eigentlichen „welthistorischen Leistungen“²⁴, so Rathenau, zu denen für ihn nach wie vor die gemeinschaftliche Lösung wirtschaftlicher Probleme sowie die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zählten, würden jedoch erst in den folgenden Jahren hervortreten. „Unberechtigten Optimismus, zu hoffen, dass durch den Abschluss dieser [Verhandlungs-]Arbeiten sofort eine merkliche Linderung“ der Weltlage erfolgen könne, sah er noch nicht als gegeben an, solange die für ihn wichtigen Voraussetzungen für eine Gesundung der Weltwirtschaft nicht realisiert seien. Gerichtet waren seine Hoffnungen auf einen gemeinschaftlichen „Abbau des Verschuldungskreises“, den gemeinsam zu verfolgenden Wiederaufbau des Kontinents und eine „wiederbelebende Maschinerie der Weltproduktion“ sowie die „Annäherung des grossen [sic] schwerbedrängten russischen Volkes an den Kreis der besten Nationen und damit [die] Förderung des Friedens zwischen Ost und West.“

Während der wenigen Wochen zwischen der Rückkehr aus Genua und seiner Ermordung war Rathenau weder Zeit noch Gelegenheit gegeben, weiter aktiv außenpolitisch zu wirken. Vielmehr stand er mehr als je zuvor im Fokus der Öffentlichkeit, sah sich hasserfüllten Hetzkampagnen und unzähligen Drohungen ausgesetzt, denen er wiederum fast unerschrocken resignativ entgegensah und die er förmlich als Konsequenz seines Handelns hinnahm. Sein letzter Gang führte ihn am Tag seiner Ermordung ungeachtet der drohenden Gefahr eines Attentates dann auch ins Auswärtige Amt.

Obwohl Rathenau von Herkunft und Denkweise im Grunde eher ein unpolitischer Mensch – im herkömmlichen Sinne – blieb, erwies er sich als ein Staatsmann, dessen Visionen und Konzeptionen gerade in einer für Deutschland besonders maßgeblichen außenpolitischen Phase von Bedeu-

23 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts: RZ101/27934, Büro Reichsminister: Akten betr. Persönliche Angelegenheiten des Ministers, Bd. 11, 1.5.1922 – 20.5.1922, Schreiben Rathenaus an Reichsminister a.D. Erich Koch, Genua, 9.5.1922.

24 Walther Rathenaus Rede vor der Vollversammlung der Genueser Konferenz, 19.5.1922, zitiert nach: Rathenau: Gesammelte Reden (wie Anm. 10), S. 398.

tung waren und die dazu führten, dass Deutschland erstmals wieder in der Staatengemeinschaft teilnehmen und aktive Politik zu treiben imstande war.

Ihn ebenso wie Gustav Streseman als frühen Vordenker des europäischen Gedankens zu sehen oder eines heute vertretenen globalen Denkens, mag eine Möglichkeit sein, seine Konzeption in den Lauf der Geschichte einzubinden. Was Rathenaus Entspannungspolitik kennzeichnete, ist das, was der damalige Bundesaußenminister und Vizekanzler Willy Brandt anlässlich des 100. Geburtstags Rathenaus am 6. Oktober 1967 im Zusammenhang mit den Bedingungen deutscher Außenpolitik nach beiden Weltkriegen formulierte:

„Die deutsche Außenpolitik verfügte nach den Kriegen über keinerlei Machtmittel, die konventionell als Attribute der Souveränität gelten. Neben technischem und wirtschaftlichem Leistungsvermögen [wurden] intellektuelle und moralische Kraft zu ihren wesentlichen Werkzeugen. Die Außenpolitik war darauf angewiesen, Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken.“²⁵

Rathenau war dafür ein Vorreiter. Ihm gelang es, die verfestigten Fronten durch eingehende Verhandlungen und die Entpolitisierung der Reparationsfrage zumindest in Ansätzen zu durchbrechen; Gesprächs-, Kooperations- und bedingt auch Kompromissbereitschaft dort zu schaffen, wo bisher eine auf deutscher Seite eher auf Konfrontation gerichtete Außen-, Reparations- und Friedenspolitik gescheitert war. Auf der Suche nach Übereinstimmung von wirtschaftlichen Interessen, vorrangig mit Frankreich als dem Schlüssel für reparationspolitische Korrekturen des Versailler Vertrages, und unter dem Primat des Gewaltverzichts entwickelte er so Perspektiven für eine neue Friedenspolitik aber zugleich auch neue Optionen zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft und damit verbunden auch in die Völkergemeinschaft. Insofern schuf er mit „seine[r] eigenständigen politischen Gestaltungskraft“²⁶, die man bereits in seinem westorientierten außenpolitischen Denken der Vorkriegszeit erkennen kann, wichtige verständigungspolitische Voraussetzungen, auf die Streseman als Außenminister aufbauen konnte.

Zeit, Umstände, das bereits vor seiner Amtszeit offenkundige Fehlen eines außen- und friedenspolitisch stringenten Konzepts der Regierung,

25 Zit. nach: Gregor Schöllgen: Walther Rathenau, Gustav Streseman, Konrad Adenauer, Willy Brandt. Ansprache auf der Botschafterkonferenz anlässlich der Namensgebung der Konferenzräume des Auswärtigen Amtes, Berlin, 6. September 2006, S. 3 f. <https://www.gregorschuellgen.de/media/archive1/artikel/Gregor_Schoellgen-Vortrag-Rathenau_Streseman_Adenauer_Brandt.pdf> (19.2.2023).

26 Christian Schölzel: Walter Rathenau. Eine Biographie. Paderborn u.a. 2006, S. 370.

das Unterschätzen von innen- und gesellschaftspolitischem Druck sowohl in der Heimat als auch in den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner waren jedoch Probleme, die seine Außenpolitik grundlegend erschwerten. Hinzu kamen eine gewisse Unkenntnis, ja fast Naivität, sowie eine gewisse Selbstüberschätzung und die mangelnde Kontrolle über die politische Eigendynamik und Aktivität in seinem Ministerium, die sich um Rathenau herum ausbildeten. Diese Gegebenheiten trugen nicht unmaßgeblich dazu bei, dass Rathenau seine Vorstellungen – wie etwa im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages – anpassen und damit von seiner originären Vision von einer nach Westen orientierten neuen Außenpolitik der kollektiven europäischen Sicherheits- und Verständigungspolitik hin zu einer nun zwangsläufig offensiveren Haltung, insbesondere gegenüber Russland, abweichen musste. Die Frage, welche weiteren Schritte er in der folgenden Zeit unternommen hätte, um den Pfad seiner Entspannungspolitik weiterzuführen, muss offenbleiben. Dass er den politischen Fortschritt des ihm an (real)politischer Erfahrung deutlich überlegenen Stresemann bei der Wiederannäherung an Frankreich, der Reduzierung der Reparationsforderung und damit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkergemeinschaft²⁷ maßgeblich vorbereitete und sich bei seiner Entspannungspolitik als ein Vertreter des „kooperativen Revisionismus“ der Weimarer Republik erwies, steht dabei außer Frage. Insofern kann Rathenau – wie Wolfgang Michalka dies konstatiert – ebenso wie Matthias Erzberger nicht nur als ‚Wegbereiter der Entspannungspolitik‘, sondern vielmehr „als eigentlicher[r] Konstrukteur der Erfüllungspolitik gelten, die dann später durch Gustav Stresemann mit den Locarno-Verträgen ihre eigentliche Realisierung fand.“²⁸

27 So bekannte sich Rathenau noch wenige Tage vor seiner Ermordung gegenüber Gustav Radbruch am 19. Juni 1922 als „Anhänger des Völkerbunds“. Zeitpunkt und politische Erwägungen, die dazu führen sollten, waren noch nicht reif dafür. Siehe: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 2678. Noch im Oktober 1920 äußerte er sich gegenüber Frank E. Mason über den „Schutzmann“ Völkerbund skeptisch. Siehe dazu auch Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und Werk. Wiesbaden o.J. „Aber welche Rolle spielte, kann man fragen, für Rathenau in seinen Zukunftsplänen der bisher nicht erwähnte *Völkerbund*? Ich glaube, man muß hier unterscheiden. Als *Friedenssicherung* bei schweren Konflikten zwischen Großmächten vertraute er ihm in seiner jetzigen Form – in der ihm von Wilson gegebenen Gestalt eines Bundes souveräner Regierungen – nicht. Als *Treffpunkt der Außenminister aller Staaten*, zu dem er sich erst nach seinem Tode entwickelt hat, hätte er in ihm das wirksamste Instrument zur Wiederaufrichtung Deutschlands in seinem Sinne durch Verhandlungspolitik gesehen.“ <https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/chap01_1.html> (19.2.2023).

28 Wolfgang Michalka: Der Politiker. Rathenaus politische Karriere. In: Hense/Sabrow (Anm. 13), S. 77.

